



Prot. Nr. KS/ST/32.01.11/229251

Bozen, 07.04.2014

Bearbeitet von:
Dr. Klaus Schwarzer
Tel. 0471 417530
Klaus.Schwarzer@schule.suedtirol.it

Dr. Stephan Tschigg
Tel. 0471 417570
Stephan.Tschigg@schule.suedtirol.it

An die
Direktorinnen und Direktoren der
Grundschulsprengel, Schulsprengel, Mittel-
und Oberschulen

Zur Kenntnis: An die
Direktorinnen und Direktoren der gleichgestellten Grund-,
Mittel- und Oberschulen

An die
Schulgewerkschaften

An das
Strafregisteramt der Staatsanwaltschaft beim
Landesgericht Bozen
casellario.procura.bolzano@giustizia.it

Rundschreiben Nr. 12 /2014

Jugendschutz und Strafregistrauszug – Gesetzesvertretendes Dekret Nr. 39/2014

Sehr geehrte Frau Schuldirektorin, sehr geehrter Herr Schuldirektor,

das kürzlich erlassene gesetzesvertretende Dekret vom 4. März 2014, Nr. 39, welches im Staatsanzeiger vom 22. März 2014, Nr. 68, veröffentlicht wurde und am Sonntag, den 6. April 2014, in Kraft getreten ist, enthält Bestimmungen zur Vorbeugung von Straftaten sexueller Natur gegenüber Minderjährigen.

Dieses Dekret hat neben anderen Bestimmungen im Artikel 2 die Verpflichtung für die **Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber** eingeführt, den Auszug aus dem Strafregister einzuholen, wenn sie beabsichtigen, Personen einzusetzen, welche in direktem („diretto“) und regelmäßigem („regolare“) Kontakt mit Minderjährigen stehen.

In diesem Fall muss der Arbeitsgeber oder die Arbeitgeberin anhand des Strafregistrauszuges abklären, dass die anzustellende Person nicht wegen einer Straftat laut Artikel Art. 600-bis (Kinderprostitution), 600-ter (Kinderpornographie), 600-quater (Innehabung von pornographischem Material), 600-quinquies (touristische Initiativen zwecks Ausbeutung der Kinderprostitution) oder 609-undecies (Köderung von Minderjährigen) des Strafgesetzbuches oder zur Nebenstrafe des Verbotes der Ausübung von Tätigkeiten verurteilt wurde, die einen direkten und regelmäßigen Kontakt zu Minderjährigen mit sich bringen.

Das Justizministerium hat geklärt, dass

- diese Verpflichtung nicht bereits bestehende Arbeitsverhältnisse betrifft,
- sondern nur in all jenen Fällen besteht, in denen nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmung **neue**



Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Bei der Anstellung von Supplentinnen und Supplenten betrifft diese Verpflichtung die jeweilige Schulführungskraft, da diese den Arbeitsvertrag abschließt;

- öffentliche Verwaltungen eine Person auch ohne entsprechenden Strafregisterauszug anstellen dürfen, sofern der Antrag um Ausstellung des Strafregisterauszuges an das örtliche Strafregisteramt gestellt wurde und die anzustellende Person in einer Erklärung an Stelle einer Bescheinigung erklärt hat, dass keine der oben genannten Verurteilungen vorliegt.

Das Gesetz sieht für die bei Nichtbeachtung dieser Verpflichtung eine Verwaltungsstrafe von 10.000 bis 15.000 Euro vor.

Als Anlagen zu diesem Rundschreiben erhalten Sie die folgenden Unterlagen:

- Antrag an das Strafregisteramt der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Bozen um Ausstellung eines Auszuges aus dem Strafregister gemäß Artikel 25-bis des D.P.R. Nr. 313/2002. Wenn der Strafregisterauszug für mehrere Lehrpersonen beantragt wird, genügt ein einziger Antrag, dem eine Liste mit den Namen und anderen Angaben der betroffenen Lehrpersonen beigelegt wird. Der Antrag kann dem Strafregisteramt per Fax (0471 226325) oder E-Mail (casellario.procura.bolzano@giustizia.it) übermittelt werden. Das Strafregisteramt stellt dann den Auszug nur unter Berücksichtigung der von Artikel 25-bis des DPR Nr. 313/2002 vorgesehenen Verurteilungen kostenlos aus.
- Erklärung als Ersatz für eine Bescheinigung.

Diese Hinweise gelten für das laufende Schuljahr und werden ergänzt, sobald neue Weisungen eintreffen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Peter Höllrigl
Schulamtsleiter und Ressortdirektor

Anlagen:
w.o.